

Leitartikel

# Kein Tempolimit für Elektroautos

Mit dem Ausbau von Ladestationen nimmt die Regierung eines der Hauptargumente gegen Elektrofahrzeuge in Angriff. Die Reichweiten sind aber immer noch gering, die Anschaffung teuer. Und der Luft-100er sollte nicht für E-Autos gelten.

Von Serdar Sahin

Gestern wurde ein 72-Millionen-Euro-Paket zur Ankurbelung der bisher mageren E-Auto-Verkäufe vorgestellt. Es beinhaltet eine Kaufprämie für Elektrofahrzeuge, den Aufbau von Ladestationen – vor allem von schnellen auf Autobahnen – und grüne Nummern tafeln. Damit wird eines der größten Hindernisse für den Erwerb von E-Autos in Angriff genommen – und zwar die fehlende Infrastruktur. Denn das Aufladen dauert wesentlich länger als das Betanken der herkömmlichen Fahrzeuge, und ein dichtes Netz an Ladestationen könnte dieses Handicap kompensieren. Die anderen beiden Bremsklötze, für die es Lösungen

geben muss, sind die derzeit noch geringe Reichweite und die hohen Kosten bei der Anschaffung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen, und hier sticht vor allem die teure Batterie ins Auge. Alles in allem sind die E-Autos von heute einfach noch nicht alltagstauglich. Abgesehen davon ist die Auswahl sehr beschränkt. Doch das könnte sich bald ändern.

Schon in den kommenden ein bis zwei Jahren sollen neue E-Modelle verschiedener Autobauer auf den Markt kommen, mit Reichweiten von Hunderten Kilometern, die aber immer noch weit unter jenen der aktuellen spritbetriebenen Fahrzeuge liegen. Mit mehr Angebot dürfte es aber mit den Preisen runtergehen. Alle großen Autobauer sehen in der E-Mobi-

lität die Zukunft, die Branche ist deshalb mitten im Umbau.

Auch wenn es Zweifel an der Wirksamkeit des E-Paketes gibt, das Maßnahmenbündel ist gut. Denn Politik und Wirtschaft setzen große Hoffnungen in diese bisher kaum verbreitete Automobiltechnologie. Die Politik deshalb, weil wohl nur so die selbst auferlegten Klimaziele zu erreichen sind. Die Wirtschaft hingegen muss sich den neuen Rahmenbedingungen anpassen und sich neue Produkte und Geschäftsmodelle überlegen.

Was aber im E-Paket fehlt: Für die künftige Elektroflotte soll es grüne Kennzeichentafeln geben. Die zuständigen Minister hätten jedoch weiter denken können. Beispielsweise ist es unverständ-

lich, warum die grünen Nummern nicht vom IG-Luft ausgenommen werden. Keine Emissionen, keine Luftverschmutzung, ergo auch kein Tempolimit. Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) vertröstete auf später. „Das war nicht Teil des Planes, aber ich bin offen für Diskussionen“, sagte er. Damit hätte aber der Minister leicht einige Tiroler für E-Autos begeistern können.



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 17

serdar.sahin@tt.com

Gastkommentar

## Heimopfer wollen gehört werden

Von Horst Schreiber

Vor sieben Jahren gelangten die Verbrechen gegen Kinder in Heimen, Psychiatrien und auf Pflegeplätzen an die Öffentlichkeit. Hier ist etwas passiert, von dem man annahm, dass es nur in einem Unrechtsstaat vorkäme. Mit unentschuldbarer Verspätung haben sich nun die Spitzen der Republik aufgerafft, mit der katholischen Kirche im Parlament Schuld einzugestehen.

Während die Nationalratspräsidentin die exzessive Gewalt gegen schutzempfohlene Minderjährige als Schande des Landes bezeichnete, Kanzler wie Vizekanzler um Verzeihung baten und der Kardinal seine Scham ausdrückte, war der für den Opferschutz zuständige Bischof Klaus Küng eingeknickt. Jedenfalls, alle Redner betonten: Der Staatsakt ist kein Schlussstrich, wir wollen Verantwortung übernehmen. Die ehemaligen Heimkinder erhielten keine Gelegenheit, ihre Forderungen vorzutragen.

Ihnen geht es um die Einrichtung einer Bundeskommission, die sich um die gestohlenen Pensionsversicherungszeiten kümmert und um das Anrecht auf Opferpensionen; die Verjährungsfristen aussetzt und Täter ausforscht; die Kinderarbeit und die völlig unaufgearbeitete Gewalt gegen Menschen mit Behinderung wie im Heim Martinsbühel untersuchen lässt; die nachfragt, wieso die Sozialabteilung des Landes Tirol seit längerem dazu übergegangen ist, Betroffene nur mehr pauschal mit 1000 bis 2000 Euro abzufinden und nun mit ihren Zahlungen das Schlusslicht Österreichs ist.



Horst.Schreiber@uibk.ac.at

Horst Schreiber ist Historiker und verfasste das Buch „Im Namen der Ordnung. Heimerziehung in Tirol“.

Karikatur



Karikatur: Daniel J. Jonesch; Foto: Dalia Fäger

Kopf des Tages

## Mit klaren Worten in eine neue Amtszeit

Karl Gostner (Obmann TVB Innsbruck)

Die lauten Worte sind nicht unbedingt die seinen. Dafür sind sie umso klarer. Karl Gostner geht seine Sache mit einer gewissen Ruhe und Disziplin an. Muss er auch. Wie sonst soll er ein Verbandsgebiet, das sich von Rinn bis nach Ellbögen, von der Landeshauptstadt hinein in die Axamer Lizum, hinauf ins Kühtai und bis nach Obsteig erstreckt, zusammenhalten? Man schrieb das Jahr 2009, als Gostner die Nachfolge des Langzeit-TVB-Obmannes Hubert Klingan antrat. Dessen 21-jähriges Erbe war groß. Und doch scheute sich Gostner als gebürtiger Innsbrucker, studierter Jurist und hauptberuflicher Kaufmann (Bettenstudio Tyroler) nicht, dem TVB sogleich seinen Stempel aufzudrücken. „Fördern, aber auch fordern“, war einer seiner Leitsprüche bei Amtsantritt. Stand sein Vorgänger sinnbildlich für den Ausbau touristischer Infrastruktur, so widmete Gostner sein Augenmerk bis dato ganz bewusst dem Marketing und dem Umbau des TVB „vom Amt zum Dienstleistungsbetrieb“. Die Übernahme und Sanierung der Muttereralmbahn passte da zwar nicht ganz ins Konzept, wurde aber umso nachhaltiger angegangen. Konflikte scheut der 60-Jährige, der seit 20 Jahren mit der Modeschöpferin Hermine Span verheiratet ist und einen Stiefsohn hat, trotz allem nicht. Dies stellte Gostner zuletzt bei der Schließung einzelner TVB-Ortsbüros unter Beweis. Die Marke Innsbruck will der kunststiftige Obmann kontinuierlich weiterentwickeln. Und zwar tunlichst weiterhin als TVB-Chef. Am 1. Dezember stellt Gostner sich bei der TVB-Vollversammlung erneut der Wahl. Intern und extern rechnen alle mit seiner Bestätigung. (mami)

Lesen Sie dazu mehr im Lokalteil



Analyse

## Zitterpartie für Renzi und Südtirols Arno Kompatscher

Von Peter Nindler

Das Verfassungsreferendum in Italien in eineinhalb Wochen wird für den linken Ministerpräsidenten Matteo Renzi zur politischen Überlebensfrage und für den Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) gleichsam zur Zitterpartie. Während Renzi mit einer Zentralisierung des Staates auf mehr Stabilität hofft, befürchten die Südtiroler eine Aushöhlung ihrer hart erkämpften Autonomie. Eine ausgehandelte Schutzklausel soll dies allerdings verhindern, weshalb die Führungsspitze der Südtiroler Volkspartei die Annahme der Reform empfiehlt. Doch das Misstrauen gegenüber Rom ist derart groß, dass nicht nur die deutschsprachigen Oppositionsparteien bzw. der mächtige Südtiroler Schützenbund an der Paktfähigkeit der italienischen Regierung zweifeln. Innerhalb der SVP bestehen ebenfalls erhebliche

Bedenken. Die Partei ist gespalten.

Unabhängig davon, wie die Volksabstimmung italienweit ausgeht, ein negatives Ergebnis in Südtirol würde Kompatscher arg in die Bredouille bringen. Sein Vorgänger Luis Durnwalder hat Südtirol als leutseliger und volkstümlicher Politfürst regiert, war aber ein gewiefter Taktiker. Kompatscher öffnete die Sammelpartei, damit schwächte er jedoch seine eigene Position. Dass er in der Nach-Durnwalder-Ära regiert, ist gleichzeitig die größte Belastung für Kompatscher. Außerdem wird ihm nicht nur von der Opposition, die sich lieber heute als morgen von Italien lossagen möchte, sondern auch in den eigenen Reihen zu viel Rom-Freundlichkeit nachgesagt.

In zwei Jahren wird in Südtirol wieder gewählt, das Referendum am 4. Dezember wird zeigen, welches Gewicht das Wort des Landeshauptmanns in der Bevölkerung hat. Geht es negativ aus, werden die volkstumpolitischen Kräfte noch lauter werden. Auch in der SVP. Die Debatte über die politische Zukunft Südtirols in Italien wird erneut Fahrt aufnehmen. Und im Windschatten könnte in der Edelweiß-Partei die Landeshauptmannfrage gestellt werden.



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com

Frage des Tages (1199 Teilnehmer)

Die Regierung hat beschlossen, Pensionisten eine einmalige 100-Euro-Zahlung zu geben. Was halten Sie davon?

11% Das ist unfair, denn die anderen Bevölkerungsgruppen erhalten kein finanzielles Zuckerl.

14% Besonders für Bezieher von kleinen Pensionen ist das ein wichtiges Finanzpolster.

75% Einmalmassnahmen verpuffen zu schnell, klüger wäre eine längerfristige Anhebung.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

